

## **Gender Budgeting als Prüfkriterium für die Bundestagswahl 2005**

Im Hinblick auf die von den Parteien diskutierten Reformvorhaben zur Konsolidierung des Haushalts wie z.B. grundlegenden Änderungen in der Steuergesetzgebung sowie weiteren Reformen des Arbeitsmarktes, des Gesundheitswesens etc. weisen die Gender Budget Initiativen darauf hin, dass eine Volkswirtschaft nur erfolgreich sein kann und eine Gesellschaft zukünftig nur zusammenhält, die im wörtlichen und übertragenen Sinne mit Frauen rechnet. Wählerinnen und Wählern muss transparent gemacht werden, welche Folgen die verschiedenen Reformvorhaben für ihre Lebenssituation haben werden.

Besonders in Zeiten des allgegenwärtigen Sparens der öffentlichen Haushalte fordern die Gender Budget Initiativen, die direkte und indirekte Wirkung von Haushaltsentscheidungen auf unterschiedliche Gruppen von Frauen und Männern in den Blick zu nehmen und auch in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik auf das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern hin zu arbeiten. Aus der internationalen Debatte wurde hierfür der englische Begriff Gender Budget(ing) übernommen.

Das Thema Gender Budgeting ist in Deutschland noch relativ neu, aber es gibt bereits Erfahrungen in Berlin, wo die Senatsverwaltung seit 2003 Gender Budgeting umsetzt<sup>1</sup>. Das FrauenForum der KölnAgenda hat 2004 ein Gender Audit von zwei Produktbereichen des Kölner Haushalts durchgeführt<sup>2</sup>. In München beschloss der Stadtrat Anfang dieses Jahres, ebenfalls Gender Budgeting einzuführen<sup>3</sup>. Die Bundesregierung gab für die Bundesebene eine Machbarkeitsstudie in Auftrag, deren Ergebnisse Anfang nächsten Jahres zu erwarten sind<sup>4</sup>. Das Europäische Parlament sprach 2003 die Empfehlung an die Mitgliedstaaten aus, Gender Budgeting einzuführen.

Mit unseren folgenden Wahlprüfsteinen möchten wir Wählerinnen und Wählern eine Entscheidungshilfe anbieten.

---

<sup>1</sup> weitere Informationen: [www.berlin.de/senwiarbfrau/frauen/gender\\_gs/berichte.htm](http://www.berlin.de/senwiarbfrau/frauen/gender_gs/berichte.htm)

<sup>2</sup> Download der Studie „Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik“ unter: [www.koelnagenda.de/docs/genderbudget.pdf](http://www.koelnagenda.de/docs/genderbudget.pdf)

<sup>3</sup> Studie zur Umsetzung auf kommunaler Ebene, siehe

[www.muenchen.de/rathaus/lhm\\_alt/mde/gstfrau/html/42831/broschueren.html](http://www.muenchen.de/rathaus/lhm_alt/mde/gstfrau/html/42831/broschueren.html)

<sup>4</sup> Bundesebene siehe auch [www.gender-mainstreaming.net/gm/gender-budgeting.did=13980.html](http://www.gender-mainstreaming.net/gm/gender-budgeting.did=13980.html)

## **Steuern**

Steuerpolitik hat Steuerungsfunktion im Sinne einer gestaltenden Gesellschaftspolitik und betrifft damit auch den Bereich der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Das durchschnittliche Einkommen von Männern ist unter anderem aufgrund von Lohnunterschieden und durchschnittlich längeren bezahlten Arbeitszeiten höher als das Einkommen von Frauen. Diese Einkommensdifferenzen und die gesellschaftliche Rollenverteilung führen zu geschlechtsspezifischen Effekten von Besteuerung. Steuervergünstigungen oder Veränderungen des Steuersatzes haben deshalb verschiedene **direkte** Einkommenswirkungen.

- Wie hoch schätzen Sie die Entlastungen bzw. Belastungen unterschiedlicher Einkommensgruppen durch die von Ihrer Partei geplanten Änderungen bei direkten und indirekten Steuern ein?
- Wie werden mögliche Belastungen ausgeglichen?
- Inwiefern tragen die Änderungen zu einer Angleichung der finanziellen Situation von Frauen und Männern bei?

**Indirekt** wirkt sich auch die Wahl des steuerlichen Instruments auf das Geschlechterverhältnis aus. Z.B. wird über das Ehegattensplitting ein Partnerschaftsmodell mit einem/ einer Hauptverdienenden und einem Zuverdienst des Partners/der Partnerin steuerlich bevorzugt. So bestreiten verheiratete Frauen seltener als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung ihren Lebensunterhalt durch eigenes Erwerbseinkommen und sind häufiger auf Unterstützung durch Angehörige angewiesen. Gleichzeitig übernehmen sie den überwiegenden Teil der unbezahlten Familienarbeit.

- Wie wird Ihre Partei die eigenständige Existenzsicherung von verheirateten Frauen befördern – auch im Hinblick auf eine Absicherung im Alter?
- Inwiefern wird Ihre Partei dafür sorgen, dass Alleinerziehende gegenüber verheirateten Paaren nicht benachteiligt werden?

**Wirtschaft und Arbeit**

Um wirtschaftliche Prozesse umfassend zu verstehen, müssen die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure und damit auch die Geschlechterverhältnisse berücksichtigt werden. Ebenso wie in der Steuerpolitik wirken sich auch wirtschaftspolitische Entscheidungen auf unterschiedliche Gruppen von Frauen und Männern ungleich aus. Erwerbslosigkeit und Armutsrisiken sind bei Frauen insgesamt immer noch höher als bei Männern.

- In welchem Ausmaß kommt die von Ihrer Partei vorgesehene Verteilung der Wirtschaftsförderung jeweils Frauen und Männern zu gute? Wird die Wirtschaftsförderung als Instrument genutzt, um Chancengleichheit zu fördern?

In jüngeren Jahrgängen übersteigt das Qualifikationsniveau der Frauen häufig das der Männer. Dennoch sind ihre Karrierechancen nach wie vor geringer.

- Durch welche Maßnahmen will Ihre Partei die Karrierechancen von Frauen verbessern? Wie viel Geld soll dafür zur Verfügung stehen?
- Durch welche Maßnahmen will Ihre Partei die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit verbessern? Werden dabei Frauen und Männer gleichermaßen einbezogen? Wie viel Geld soll dafür zur Verfügung stehen?
- Wie soll in Zukunft unbezahlte und bezahlte Arbeit zwischen Frauen und Männern verteilt werden?
- Wie schätzen sie die Wirkungen von Hartz I – IV auf Frauen und Männer ein? Wo sehen sie Veränderungsbedarf?
- Wie soll ihrer Meinung nach sichergestellt werden, dass die arbeitsmarktpolitischen Fördermittel und Strategien geschlechtergerecht gestaltet werden?
- Wie können ihrer Meinung nach Gender Budgeting Instrumente eingesetzt werden, um in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit Geschlechtergerechtigkeit zu befördern?

## **Repräsentation**

Entscheidungsstrukturen und -verfahren haben einen wichtigen Einfluss auf politische Beschlüsse. Frauen sind bislang in politischen Entscheidungsgremien deutlich unterrepräsentiert.

- Durch welche Maßnahmen will Ihre Partei den Anteil von Frauen in wichtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Gremien erhöhen? Welche Zielmarken streben Sie an?
- Was werden sie tun, um in diesen Gremien das Bundesgremienbesetzungsgesetz (BGremBG) durchzusetzen?
- Wie können in haushaltspolitischen Verfahren rechtzeitig Frauenverbände und Gender-Expert/inn/en gehört werden, damit ihre Expertise in haushaltspolitische Entscheidungen einfließt und was ist Ihre Partei bereit, dafür zu tun?

## **Gender Budgeting**

Insgesamt fehlt es noch an ausdifferenzierten Instrumenten für die Wirkungsmessung von politischen Entscheidungen auf das Geschlechterverhältnis. Auch vorhandene Statistiken eignen sich oft nicht für eine geschlechtsdifferenzierte Auswertung. Die Bundesregierung hat deshalb eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse Anfang 2006 vorliegen sollen.

- Wird sich Ihre Partei für die Implementierung von Gender Budgeting als politisches Instrument der Analyse, des Controlling und der Planung eines geschlechtergerechten Haushalts einsetzen?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass für die Erprobung und Entwicklung von Gender Budgeting ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden?